



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 9 - V - 1 1 - 1 0 2 4
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff: Dezernat(e) I/11

Maßnahmen zur nachhaltigen Steigerung der Qualität der Einstellungen und der laufenden Personalbetreuung

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Gericht

Oberbürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
 Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 4.298.931,84
 in %: 5,4

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	X	2020	Personalkosten A 10 / E 9c TVöD	231.350	231.350		1100216	636000	Personalbetreuung Beschäftigte
	X	2020	EDV Ausstattung	29.100	29.100		1100216	670100	Personalbetreuung Beschäftigte
	X	2021	Personalkosten A 10 / E 9c TVöD	314.630	314.630		1100216	636000	Personalbetreuung Beschäftigte
	X	2021	EDV Ausstattung	38.800	38.800		1100216	670100	Personalbetreuung Beschäftigte
Summe einmalige Kosten:				613.880	613.880				

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Aufgrund der weiteren Anstiegs des Personalbestandes, hoher Fluktuation und erheblicher Zunahme von Teilzeitbeschäftigungen entsteht ein zusätzlicher Mehrbedarf im Personal- und Organisationsamt im Bereich Personalbetreuung der Beschäftigten. Um den Einstellungsprozess nach der Einstellungsentscheidung zu beschleunigen und die laufende Sachbearbeitung zeitnah sicherzustellen, muss dieser kurzfristig realisiert werden. Damit soll auch den Beschwerden und Erwartungen der Dezentale und Fachämter Rechnung getragen werden.

Anlagen: keine

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. im Personalbereich eine erhebliche Steigerung der Fluktuation mit weiter steigender Tendenz zu verzeichnen ist
 - 1.2. der vom Hessischen Landesrechnungshof im Kommunalbericht 2015 empfohlene Fallzahlschlüssel von 1:270 aktuell mit 1:316 klar überschritten wird
 - 1.3. dieser Zuwachs eine erhebliche qualitative und quantitative Mehrbelastung für die Sachbearbeitung im Bereich der Personalbetreuung Beschäftigte - insbesondere im Bereich der Einstellungen - nach sich zieht
 - 1.4. die derzeitige personelle Ausstattung der Personalbetreuung Beschäftigte nicht ausreichend ist, um adäquat auf diese Entwicklung zu reagieren.
2. Es wird beschlossen:
 - 2.1. Zum Stellenplan 2020/2021 werden bei dem Personal- und Organisationsamt im Bereich 110110 *Personalbetreuung Beschäftigte* 4 Vollzeitplanstellen im Stellenwert A 10/E 9c TVöD geschaffen.
 - 2.2. Zwei Planstellen können vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Stellenplans 2020/2021 überplanmäßig besetzt werden.
 - 2.3. Das Personalkontingent zur Steuerung der Personalbedarfe bei Dez. I/11 ist ab 2020 um 4 Vollzeitäquivalente zu erhöhen.
 - 2.4. Für die zusätzlichen Stellen werden 260.450 Euro in 2020 und 353.430 Euro in 2021 benötigt. Die Entscheidung über die Zusetzung der Personalmehrbedarfe erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2020/2021.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

1. Bereich Einstellungen (Arbeitsverträge, Einstellungsformalitäten)

In der Vergangenheit wurde von Dezentaten und Fachämtern verstärkt der zeitliche Ablauf des Einstellungsprozesses bei der Landeshauptstadt Wiesbaden problematisiert und als Folge Absagen von Bewerber/-innen beschrieben.

In diesem Kontext wurde insbesondere die Zeitdauer zwischen der bereits getroffenen Einstellungsentscheidung und der Realisierung (Arbeitsverträge, sonstige Einstellungsformalitäten) kritisch bewertet.

Zur Beschleunigung des Einstellungsprozesses wird seit Mitte September 2018 im Bereich der Einstellungen bei 110110 eine zusätzliche Mitarbeiterin mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 20 Stunden eingesetzt. Insgesamt sind in diesem Bereich derzeit 3 teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen mit einem Gesamtumfang von 81 Stunden/Woche tätig. Ab 01.05.2019 reduziert sich der Umfang um 9 Stunden/Woche auf 72 Stunden/Woche (AZ-Reduzierung einer Mitarbeiterin).

Der Anstieg der Zugänge seit Januar 2014 (4957 Fälle) bis April 2019 (5696 Fälle) entspricht einer Steigerung von **14,9 %**.

Die Bearbeitung der Einstellungen erfolgt nach folgenden Gewichtungen:

- Befristete Arbeitsverträge (formale Einhaltung gesetzlicher/tariflicher Abläufe und Fristen)
- aus personalwirtschaftlicher Sicht zu priorisierende Einstellungen (z.B. Ingenieur/-innen, Ärzt/-innen, Erziehungspersonal, u. ä.)
- Neue Mitarbeiter/innen, die an der elektronischen Zeitwirtschaft teilnehmen („Druck“ der Fachbereiche, da ansonsten die Arbeitszeit zunächst händig erfasst und nachgebucht werden muss)
- Alle übrigen Einstellungen, diese dann i. d. R. nach Eintrittsdatum (durch die Prioritätenvorgabe ggf. auch erst nach der bereits erfolgten Einstellung - das führt zu Unzufriedenheit bei den Ämtern/Mitarbeiter/innen).

Zu erwartender zeitnaher Anstieg der Fallzahlen (ohne Saisonpersonal 2019):

- Praktikant/innen mit Entgelt (Fachhochschule u. ä., im Zuge des demografischen Wandels soll frühzeitig Personal für die Stadt Wiesbaden gewonnen werden)
- Sozialassistent/innen (soweit schon bekannt 20-40 in 2019, eine Maßnahme, um dem steigenden Bedarf im Bereich Erziehung/Bildung gerecht zu werden)
- Weiterer Ausbau im Bereich Erziehung/Bildung (neue Kitas, u. ä.)
- Mitarbeiter/innen im Rahmen von weiteren Projekten (z. B. Quereinsteiger/-innen, ebenfalls zur Sicherung des Personalbedarfs im Bereich Erziehung/Bildung)
- Übernahme von weiteren Aufgaben durch die Landeshauptstadt Wiesbaden (aktuell z. B. auf der Grundlage des Bundesteilhabegesetzes)
- Weitere Zunahme von Teilzeitbeschäftigungen (Vereinbarkeit Beruf/Familie)
- Betreuung zusätzlicher dritter Arbeitgeber

Zu erwartende bzw. schon eingetretene Mehrarbeit:

- Hohe monatliche Fluktuation

2018: Zugänge 1. Reihe, Abgänge 2. Reihe

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Durchschnitt
80	67	71	81	56	94	51	250	183	91	73	51	96
40	46	69	45	43	71	74	90	99	70	51	83	65

2019: Zugänge 1. Reihe, Abgänge 2. Reihe

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Durchschnitt
163	69	76										103
44	53	59										49

(Darin nicht enthalten Zusatzverträge und Verlängerungen von Arbeitsverhältnissen, da keine aussagefähige auswertbare Statistik)

- Verstärkt Zusatzverträge bei bereits bestehendem Stammpersonal (insbesondere Mehrfachvertretungen mit unterschiedlicher Eingruppierung, Arbeitszeit und Befristung)
- Mehrfache Änderungen der Arbeitsverträge zwischen erstmaliger Ausstellung und tatsächlichem Beginn (insbesondere Datum des Einstellungsbeginns)
- Verlängerungen von (befristeten) Arbeitsverträgen bzw. entsprechende Übernahmen

Trotz der Personalaufstockung können die Einstellungen nicht in allen Fällen in der erwünschten und auch gebotenen Kurzfristigkeit bearbeitet werden. Eine weitere Beschleunigung der Einstellungsformalitäten ist zwar erforderlich und wird auch aus den Fachbereichen und den Dezernaten als dringende Erwartungshaltung an 110110 definiert, ist aber mit dem derzeitigen Personalbestand nicht zu verwirklichen.

Zur Erreichung dieses Zieles besteht für den Aufgabenbereich Einstellung (Arbeitsverträge, Einstellungsformalitäten) ein Mehrbedarf von 39 (Tarifbeschäftigte/r) bzw. 41 (Beamtin/Beamter) Stunden/Woche (1 VZÄ).

2. Bereich Personalbetreuung

Der Anstieg der Betreuungsfälle seit Januar 2014 (4957 Fälle) bis April 2019 (5696 Fälle) entspricht einer Steigerung von **14,9 %**.

Nicht berücksichtigt ist ein zu erwartender Anstieg der Fallzahlen (ohne Saisonpersonal 2019) durch

- Praktikant/innen mit Entgelt (Fachhochschule u. ä., um im Zuge des demografischen Wandels frühzeitig Personal für die Stadt Wiesbaden zu gewinnen)
- Sozialassistent/innen (soweit schon bekannt 20-40 in diesem Jahr, eine Maßnahme, um dem steigenden Bedarf im Bereich Erziehung/Bildung gerecht zu werden)
- den weiteren Ausbau im Bereich Erziehung/Bildung (neue Kitas, u. ä.)
- Mitarbeiter/innen im Rahmen von weiteren Projekten (z. B. Quereinsteiger/-innen, ebenfalls zur Sicherung des Personalbedarfs im Bereich Erziehung/Bildung))
- die Übernahme von weiteren Aufgaben durch die Landeshauptstadt Wiesbaden (aktuell z. B. auf der Grundlage des Bundesteilhabegesetzes)
- die weitere Zunahme von Teilzeitbeschäftigungen (Vereinbarkeit Beruf/Familie)
- die Betreuung zusätzlicher dritter Arbeitgeber

Die hierdurch verursachten monatlichen Zugänge (mit den erforderlichen entsprechenden Folgearbeiten) sind seit 2014 um **27%** gestiegen.

Zugänge 2014:	81 Durchschnitt / Monat
Zugänge 2015:	81 Durchschnitt / Monat
Zugänge 2016:	91 Durchschnitt / Monat
Zugänge 2017:	96 Durchschnitt / Monat
Zugänge 2018:	96 Durchschnitt / Monat
Zugänge 2019:	103 Durchschnitt / Monat (bis Ende März)

Darin nicht enthalten sind:

- Verlängerungen von (befristeten) Arbeitsverträgen
- Änderungen im Beschäftigungsverhältnis (beispielsweise Übernahmen nach Ausbildung, Praktikum, Quereinstieg u. ä.)
- regelmäßige kurzfristige (oft tageweise) Aushilfen im Kitabereich

Die Anträge auf Arbeitszeitveränderungen im Kontext der Vereinbarkeit Beruf/Familie mit den erforderlichen entsprechenden Folgearbeiten sind seit 2014 um knapp **68 %** gestiegen.

Anträge 2014: 29 Durchschnitt / Monat
Anträge 2015: 32 Durchschnitt / Monat
Anträge 2016: 35 Durchschnitt / Monat
Anträge 2017: 38 Durchschnitt / Monat
Anträge 2018: 40 Durchschnitt / Monat
Anträge 2019: 49 Durchschnitt / Monat (bis Ende März)

Darin sind nicht enthalten

- Verlängerungen von (befristeten) Arbeitszeitvereinbarungen
- Änderungen im Beschäftigungsverhältnis (beispielsweise Übernahmen nach Ausbildung, Praktikum, Quereinstieg u. ä.)

Aufgrund der hohen monatlichen Fluktuation (siehe oben) sowie dem Wettbewerb der Arbeitgeber um die rarer werdenden Fachkräfte ist außerdem ein deutlicher Anstieg von Zwischen- und Endzeugnissen um **65%** seit 2014 zu verzeichnen.

Der Hessische Landesrechnungshof empfiehlt im Kommunalbericht 2015 einen Personalschlüssel für die ganzheitliche Sachbearbeitung von 1:270. Derzeit sind in der Personalbetreuung 18 VZÄ besetzt. Der Personalschlüssel liegt demnach aktuell bei 1:316, womit die Empfehlung des Landesrechnungshofes um 46 Fälle pro VZÄ überschritten wird. Dabei sind die Saisonkräfte noch nicht berücksichtigt.

Ausgehend von der Steigerung der Fallzahlen von 2014 bis März 2019 ergibt sich für den Aufgabenbereich Personalbetreuung entsprechend der Empfehlung des Hessischen Landesrechnungshofes im Kommunalbericht 2015 ein Mehrbedarf von 3 VZÄ.

Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass bei weiteren Stellenzusetzungen auch entsprechende Kapazitäten in der Personalbetreuung mitbedacht werden.

II. Demografische Entwicklung

Die hohe Fluktuation aufgrund des demografischen Wandels muss zeitnah kompensiert werden. Um Bewerber/-innen für die Stadt Wiesbaden gewinnen zu können und bereits vorhandenes Personal zu halten, muss eine rechtssichere, termingerechte und zeitnahe Aufgabenerledigung sichergestellt werden.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

- keine -

Wiesbaden, . Mai 2019

110110 3217 ei

11	1101	110110

Sven Gerich

Oberbürgermeister